



Regierung von Unterfranken • 97064 Würzburg

Walter-Back-Stiftung
Rhönstr. 3
63811 Stockstadt a.Main

Ihre Zeichen,
Ihre Nachricht vom
20.02.2018 (Email)

Unser Zeichen (bitte angeben)
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter
44-1222.0124-3-1
Herr Fach

Telefon (09 31) 380-1534 Telefax (09 31) 380-2534 Zi.-Nr. S 220 Datum 20.02.2018
stefan.fach@reg-ufr.bayern.de

Walter-Back-Stiftung, Stockstadt; Jahresrechnungen 2015 bis 2017

Sehr geehrter Herr Back,

die Walter-Back-Stiftung mit Sitz in Stockstadt wurde am 18.12.2015 durch die Regierung von Unterfranken als rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts anerkannt.

Nachdem die Geschäftstätigkeit im Jahre 2015 (Rumpfbjahr) noch nicht aufgenommen wurde, haben wir mit Schreiben vom 24.07.2017 auf die Vorlage der Jahresrechnung 2015 verzichtet.

Für das Geschäftsjahr 2016 war nunmehr die Vorlage sämtlicher beweisdienlicher Unterlagen und Belege (z.B. Bankkonto-, Depotauszüge etc.) angeordnet, um erstmals eine umfassende stiftungsaufsichtliche Prüfung durchzuführen.

Ausweislich des zwischenzeitlich vorgelegten Bankkontoauszuges der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau vom 03.04.2017 wurden im Geschäftsjahr 2016 lediglich 90.000,00 € in das Grundstockvermögen der Stiftung eingezahlt. Somit wies der Kontostand zum 31.12.2016 einen Betrag in Höhe von 90.000,00 € auf. Eine Geschäftstätigkeit der Stiftung lag insoweit auch im Geschäftsjahr 2016 noch nicht vor.

Postfachadresse

Regierung von Unterfranken
Postfach 63 49
97013 Würzburg

Bankverbindung
Landesbank München
Konto-Nr. 1190315, BLZ 700 500 00

Hausadresse

Regierung von Unterfranken
Peterplatz 9
97070 Würzburg

Straßenbahnlinien 1, 3, 4, 5
Haltestelle Neubaustraße

Dienstgebäude

H = Peterplatz 9
S = Stephanstraße 2
G = Georg-Eydel-Str. 13

Telefon

(09 31) 3 80 - 00
(09 31) 3 80 - 22 22

Fax

E-Mail
poststelle@reg-ufr.bayern.de

Internet

<http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Sie erreichen uns in den Kernzeiten

Mo – Do 8:30 - 11:30 Uhr
13:30 - 15:00 Uhr
Fr 8:30 - 12:00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

“STIFTUNG WALTER BACK ZUR FÖRDERUNG TECHNISCHEN UND SOZIALEN FORTSCHRITTS FÜR DAS GEMEINWOHL“

Einleitung zur Präambel:

Mit der Stiftung möchte ich Folgendes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen ändern:

a) Im politischen Bereich kommt es zunehmend zu für die Bürger nachteiligen Entscheidungen, weil die überaus starke Lobby zu viel Einfluss auf politische Entscheidungen gewinnt. Diese ungünstige Entwicklung liegt im Wesentlichen darin begründet, dass die intelligenten und kompetenten Fachleute aus der Mitte der Bürgerschaft zwar Fehlentwicklungen frühzeitig registrieren und diese in ihren Veröffentlichungen auch für jedermann publik machen, aber dennoch kein Zusammenwirken dieser Fachleute stattfindet, die qualifizierte Lösungskonzepte zu den gegebenen Missständen anbieten. Möglich ist dies zwar, aber ein solcher Zusammenschluss braucht - um von einer nötigen großen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden - eine starke Publicity, die mit Hilfe kleiner Parteien und Vereine als unerreichbar scheint.

Einige Beispiele für öffentliche Missstände und umsetzbare Alternativen finden Sie im Datenblatt-Sammler Nr. 7.5.

In den einzelnen Datenblättern wird aufgezeigt, wie Unternehmer und ihre Mitarbeiter von Menschen aus dem politischen und sozialen Bereich durch Selbstbedienung immer hemmungsloser ausgebeutet werden.

b) Auch im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich fehlt das bürgerliche “Sprachrohr”. Für ein friedliches Zusammenleben braucht es einen “sozialen Kapitalismus”, da die staatlich gewollte Inflation jeden Bürger im Lauf seines Lebens ärmer macht, und deshalb auch in dieser Hinsicht gegengesteuert werden muss. Und zwar sollte der Bürger im Alter nicht von dem Leben müssen, was man den Tatkräftigen, Produktiven an Leistungen entzieht, sondern die Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, Sachwerte zu schaffen, damit infolgedessen der Leistungsanteil jedes einzelnen Bürgers an dem Gewinn bringenden Sachwert – also seine Investition – einen solch ausreichenden Ertrag fördert, dass er im Alter anderen finanziell nicht zur Last fallen wird.

Durch den zahlreichen Eintritt von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in meine Stiftung werden diese viele kostensparende Vorteile für sich erreichen, ohne dass sie die Allgemeinheit mit Streiks schädigen müssen.

Hinweis:

Da die Texte zur Erläuterung meiner Stiftung schon vor 2015 geschrieben wurden und zwischenzeitlich neue Erfindungen im Bereich der Energie- und Verkehrstechnik gemacht wurden und zur Verfügung stehen, sind meine Hinweise (Links) auf Datenblätter mit Bildern und Erläuterungen im folgenden Text teils nicht mehr aktuell. Bitte beachten Sie also diese Hinweise nicht.

Sondern verwenden Sie bitte das neue Menü auf der Startseite dieser Webseite:
www.wb-ideen.net

Ich musste durch den Fortschritt meine Vorschläge neu formulieren und verschiedene technische Bilder ändern. Deshalb habe ich meine Texte und Vorschläge hier in dieser Webseite aktualisiert. Außer den Datenblatt-Nummern hat sich in den Stiftungserläuterungen nichts geändert.

DIE “STIFTUNG WALTER BACK ZUR FÖRDERUNG TECHNISCHEN UND SOZIALEN FORTSCHRITTS FÜR DAS GEMEINWOHL“

Präambel

- 1** Die Stiftung soll eine außerparlamentarische Institution werden, deren Fachleute im öffentlichen Raum Strittiges fachgerecht beurteilen und jeweils die beste fachmännische und diplomatische Alternative (von einer Mehrheit von 75% als solche bewertet, auch wenn sie von einem Außenstehenden kommt) den Regierungen und Abgeordneten zur Verfügung stellen. Dadurch kann die außerparlamentarische Intelligenz an der Lebensgestaltung des Staates zum Wohl der Allgemeinheit prägenden Einfluss erlangen, den sie zurzeit nicht hat.
- 2** Ferner ist die Mitwirkung und die Förderung dieser Ideen und Konzepte durch die europäische Bevölkerung vonnöten. Diese ist aber erfahrungsgemäß nur dann dafür zu erreichen, wenn für sie praktische und geldwerte Vorteile in Kombination mit einer allgemein anerkannten Technik, die sie im Alltag auch nutzen kann, angeboten und realisiert werden. Außerdem dürfen Gesundheit sowie das Eigentum der Bevölkerung nicht gemindert werden. Mittels unserer Ideen für eine ertragreiche neue Energie-Infrastruktur sind auch diese Ziele erreichbar.
- 3** Denn Öl, Gas und Kohle stehen – wenn sie weiterhin verbrannt werden – eines Tages nicht mehr zur Verfügung, weshalb spätestens dann ohnehin auf Sonnen-, Wind- und Wasserenergie sowie auf bewährte Stromspeicher zugegriffen werden muss. Darum schließen wir uns der Forderung nach solarthermischer Stromgewinnung des Club of Rome e. V., der Desertec Foundation sowie der [Dii eumena GmbH <DB Nr. 2.15 und 2.18>](#) (S. 1 und 2; z. B. Seite **①**) an, die Europa bereits heute die besten, wirtschaftlichsten und umweltfreundlichsten Energie-Problemlösungen zur Verfügung stellen könnten, wenn für den Stromtransport nach Europa die von uns entwickelte [Vielzweck-Trasse Typ 6 \(VzT 6\) <DB Nr. 4.00>](#) (S. 3) eingesetzt würde.
- 4** Die alte Energie-Infrastruktur kostet die europäische Bevölkerung zurzeit etwa 400 Milliarden Euro pro Jahr für fossile Energie, und weitere Milliarden Euro an Nebenkosten pro Jahr. Das Andauern dieses Zustandes ist deshalb dringend abzustellen. Bleibt dies ein fortdauernder Zustand, wird er zu einer Existenzbedrohung großer Bevölkerungsteile. Deshalb sind dringend neue zukunftstaugliche, ertragsstarke Energie-Infrastrukturen in Europa zu installieren. Dies ist eines unserer primären Ziele.
- 5** Staatsführungen können aber nur dann sozialintelligent handeln, wenn sie die Wohlstand und sozialen Frieden bringenden Aufgaben rechtzeitig erkennen und überprüften fachgerechten Ratschlägen und Warnungen folgen. Das sowohl in der Vergangenheit als auch nach wie vor ungenügend vorhandene Engagement, sich z. B. für die drängenden Finanzprobleme, Energieprobleme sowie für die Probleme der Zukunftssicherung einzusetzen, ist die generelle Aufgabe der Stiftung.

DIE “STIFTUNG WALTER BACK ZUR FÖRDERUNG TECHNISCHEN UND SOZIALEN FORTSCHRITTS FÜR DAS GEMEINWOHL“

will u. a. Folgendes erreichen:

[Mit den Links zu den Datenblättern (DB), z. B. <DB 2.15 - S. 1> erreichen Sie Bilder, Texte und die Quellen zum jeweiligen Thema. Die Seitenzahlen im „Sammler“ sehen wie folgt aus, z. B.: **①**]

- 6** 1. Veröffentlichung einer Themenliste als Ordnungsrahmen, um eingehende Vorschläge dem jeweiligen Fach zuordnen und archivieren zu können. Siehe Datenblatt (DB) [<DB 1.00 - S. 4>](#)
- 7** 2. Zusammenführung der Fachkräfte, die alternative Vorschläge eingereicht haben, mittels eines Mail-Adressen-Datei-Sammlers, damit die Fachleute eines Themenkreises auf einfachste Weise die eingereichten Vorschläge ihrer Kollegen einsehen und miteinander kommunizieren können, um gemeinsam zu beurteilen und zu entscheiden, welche Alternative von 75% der Kollegen als die richtige betrachtet und anschließend veröffentlicht werden soll.
- 8** 3. Das Stifter-Kollegium entscheidet, ob der zur Veröffentlichung unterbreitete Alternativvorschlag den Grad der Gemeinnützigkeit hinreichend erfüllt, und gibt im Fall der 75%igen Zustimmung die Veröffentlichung frei. Gibt es hemmende Gründe für die Veröffentlichung, hat das Stifterkollegium die Aufgabe, einen Konsens herzustellen.

Der Stifter erwartet alternative Vorschläge, die auch im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit die besten sind, oder – falls notwendig – die besterreichbare Konsenslösung bieten. Solche Problemlösungen werden in zunehmendem Maße erreicht, wenn die europäische Bevölkerung diejenigen Kandidaten in die Parlamente wählt, die sich bindend verpflichten, stets gemeinwohlstiftend abzustimmen.

- 9** Für die Erreichung der notwendigen zukunftstauglichen Gegebenheiten braucht es neben der fachlichen auch die entsprechende finanzielle Qualität. Unverzichtbar für ein ökologisch und ökonomisch führendes Europa sind länderübergreifende Investitionen, die sich in wenigen Jahren amortisieren. Dies ist erreichbar, wenn neben den heute bestehenden teuren Infrastrukturen baldmöglichst die neuen hochrentablen Infrastrukturen verwirklicht werden. Denn erst wenn die neue Energie-Infrastruktur funktionsfähig existiert, kann die alte, riesige Kosten verursachende, abgeschaltet werden. Dazu gehört auch, dass der Staat den Stromherstellern zwei Jahresgewinne, die von den alten Stromanlagen erzielt wurden, vergütet.
- 10** Die EZB müsste nach dem Stifter-Vorschlag von der <Bank für Gemeinschaftseigentum und Zukunftssicherung> (die noch zu gründen ist) Schuldtitel kaufen, (um damit die europäischen Infrastrukturen zu modernisieren), wie sie dies auch für Banken und Staaten tut, nämlich zu 0,5 Prozent Zins und für eine Laufzeit von mindestens 15 Jahren [<DB 8.00 a - S. 5>](#).

Auch Normal- und Niedriglohn-Empfänger sollen Investoren und Unterstützer werden, die aber keine inflationsbedingten Nachteile durch die langfristige Geldanlage (von 15-30 Jahren) haben dürfen. Dieses Ziel würde der gewollten besseren Zusammenarbeit in Europa dienen, wenn die Bevölkerung die Beteiligung als lukrativ empfindet.

- 11** Um diese Lukrativität zu erreichen, haben wir eine Prämie [<DB 8.00 b - S. 6>](#) in Höhe der halben jährlichen Einzahlung auf das Darlehenskonto für die europäische Arbeitnehmerschaft konzipiert – Laufzeit 15 Jahre. Auch diese Summe wäre zur Vermögensbildung bzw. Alterssicherung durch die EZB vorzufinanzieren.
- 12** Die alte Energie-Infrastruktur kostet die europäische Bevölkerung etwa 400 Milliarden Euro für fossile Energie sowie weitere hohe Nebenkosten pro Jahr. Das Andauern dieses Zustandes ist deshalb dringend abzustellen, weil er ansonsten zu einer Existenzbedrohung großer Bevölkerungsteile wird. Daher sind dringend neue zukunfts-taugliche, ertragsstarke Energie-Infrastrukturen in Europa zu installieren. Dies ist eines unserer primären Ziele.
- 13** Denn Öl, Gas und Kohle stehen – wenn sie weiterhin verbrannt werden – eines Tages nicht mehr zur Verfügung, weshalb spätestens dann ohnehin auf Sonnen-, Wind- und Wasserenergie sowie auf bewährte Stromspeicher zugegriffen werden muss. – Warum das nicht gleich erledigen, sondern erst nach 20 oder 30 Jahren? – Warum erst eine riesige Geldverschwendung durch Verzögerung der notwendigen Investitionen?
- 14** Darum schließen wir uns den Empfehlungen und Forderungen (nach der solarthermischen Stromgewinnung) [<DB 2.15 - S. 1>](#) des Club of Rome e. V., der Desertec Foundation sowie der Dii eumena GmbH an [<DB. 2.18 - S. 2.1 bis 2.3>](#), da diese die besten, wirtschaftlichsten und umweltfreundlichsten Energie-Problemlösungen anbieten. Diese könnten bereits innerhalb weniger Jahre für Europa zur Verfügung stehen, sobald für den Stromtransport nach Europa die von uns entwickelte Vielzweck-Trasse Typ 6 (VzT 6) eingesetzt würde, an der die Hochtemperatursupraleiter-Kabel [<DB 3.00 b - S. 7>](#) anmontiert sind.
- 15** Mit der neusten prämierten Stromspeichertechnik (von **Gemasolar** [<DB 2.15 - S. 1>](#)) wäre es möglich, die Kohle-, Öl- und Gasverbrennung bis auf eine minimale Bedarfsgröße dauerhaft zu reduzieren.
- 16** Diese Anlagen kosten zwar einige 100.000 Euro pro Stück, amortisieren sich aber selbst in kurzer Zeit; denn es sind nur minimale Kosten gegenüber denen, die ansonsten für fossile Energie (mind. 300 Mrd. Euro jährlich in Deutschland) anfallen.
- 17** Auch Saudi-Arabien, das ölreiche Land, beginnt mit der solarthermischen Nutzung von Sonnenstrom nach den Vorgaben von Desertec [<DB 6.01 f - S. 8.1 + 8.2>](#).

Am 05.10.2001 veröffentlichten die "Welt" und die Stuttgarter Zeitung einen Artikel unter der Überschrift "12 Milliarden Liter Benzin verpuffen jährlich im Stau" [<DB 5.03 - S. 9>](#). Und nach wie vor hat sich an diesem Missstand nichts geändert: Schadenshöhe (12 Jahre, Liter 1,5 Euro, hälftig gerechnet) etwa 9 Mrd. Euro.

- 18** Die Menschen sollen ihre Häuser nicht mit besonders leicht brennbarem Material "verpacken". Denn bei einem Brandausbruch brennen auf diese Weise gedämmte Häuser so schnell lichterloh, dass Löschen nicht mehr möglich ist [<DB 2.12 - S. 10>](#). Außerdem, die beim Brand anfallenden giftigen Gase töten unerwartet schnell jedes Lebewesen im weiten Umkreis. Die Politik darf dies nicht weiter fordern.
- 19** Die Menschen sollen ihre Gebäude und Felder nicht mit Solarpaneele bestücken, wenn diese die Giftstoffe Cadmiumsulfid und Cadmiumtellurid enthalten. Diese Solarpaneele sind eines Tages [Sondermüll <DB 2.14 - S. 11>](#), weshalb die Entsorgung für die Eigentümer letztendlich ausgesprochen teuer wird.
- 20** Die Biogasanlagen schädigen das Trinkwasser, vor allem weil sie in immer größerer Anzahl installiert werden [<DB 2.19 - S. 12>](#).
- 21** Wegen der außerordentlichen Gesundheitsschädigungen [<DB 2.20 - S. 13>](#), unter denen enorm große Bevölkerungsteile durch Lärm, Feinstaub und weitere Schadstoffe zu leiden haben, muss ein nachhaltigeres Umdenken bei den Politikern und der Industrie beginnen. Auch das ist nur zu erreichen, wenn sich die Bevölkerung organisiert.
- 22** Die mit Kohle und Öl betriebenen Kraftwerke sichern zurzeit die Grundlastversorgung. Sie liefern etwa 80 Prozent des gesamten Energieverbrauchs und können deshalb nicht abgeschaltet werden. Denn erzeugter Strom muss auch abgenommen werden, sonst werden Teile dieser Stromanlagen funktionsunfähig. Darum müssen ihre Leistungen auch bezahlt werden sowie zusätzlich der Strom von den Solar- und Windanlagen.
- 23** Wollen wir den derzeitigen Gesamtstrombedarf Deutschlands mit grüner Energie decken, müsste man die Anzahl der Windräder und Solaranlagen auf das Drei- bis Vierfache des derzeitigen Bestandes erhöhen. Ferner müsste der zusätzliche Strom, welcher von den alten und neuen Wind- und Solaranlagen erzeugt wird, laut EEG-Gesetz, vom Verbraucher bezahlt werden.
Das Gleiche ist auch für pausierende Anlagen Pflicht. Dies alles ist ein höchst unwirtschaftlicher, schädlicher und stark störender Eingriff ins private Eigentum wie in die Landschaft. Auch der enorme Flächenverbrauch würde von der Bevölkerung sicher nicht geduldet.

- 24** Der sogenannte Atommüll ist in Wirklichkeit ein hochgefährlicher Wertstoff, der gegenwärtig an einigen Stellen in Deutschland ungeschützt im Freien lagert [<DB 2.17 - S. 14>](#), teils in betonbunkerähnlichen Hallen neben den Kernkraftwerken und in den Kühlbecken der Kernkraftwerke. (Die stillgelegten AKWs sind diesbezüglich genauso gefährlich wie die noch produzierenden.) Eine Lagerung der Castoren in fallend gebauten Sack-Tunnels, in die man nach Bedarf Kühlwasser einfüllen und sie wieder leeren kann, wäre die weitaus bessere und gesichertere Methode, als sie im salz- und säurehaltigen Grundwasserbereich zu deponieren. Für die anfallenden Erdbewegungen beim Tunnel- und Dämmebau wäre die [Vielzweck-Trasse Typ 2 \(VzT 2\) <DB 7.00 - S. 15>](#) das bestgeeignete Gerät.
- 25** Die Hinnahme dieser Verluste und Schäden ist jedoch dank neuer Technik keineswegs nötig; denn die modernen solarthermischen Stromerzeugungsanlagen in den [Wüsten <DB 2.13 - S. 16>](#) europäischer Länder sowie in Nordafrika stören kaum jemanden. Diesen Strom liefert die Sonne kostenlos. Kohle, Öl und Gas würden nicht mehr verbrannt.
- 26** Der Stromtransport in die europäischen Länder ist mittels der [HochTemperatur-Supra-Leiter-Kabel \(HTSL-Kabel\) <DB 3.00 b - S. 7>](#) leicht und verlustfrei möglich. Die HTSL-Kabel transportieren mehrere hundertmal mehr Strom als herkömmliche Kupfer-Kabel mit gleichem Durchmesser (laut Veröffentlichung des Industrieverbandes Supraleitung).
- 27** HTSL-Kabel können auf einfache Weise an der [Vielzweck-Trasse Typ 6 \(VzT 6\) <DB 4.00 - S. 3>](#) montiert werden, was den Bau vieler üblicher Strommasttrassen erspart sowie den damit verbundenen Flächenverbrauch.
- 28** Die VzT 6 ist mit ihren [sechs Fahrbahnen <DB 4.00 a - S. 17>](#) der modernste, leistungsfähigste Verkehrsweg für Menschen, Güter – und fallweise auch für Wasser, wenn es für die Reinigung der Spiegel, die das Sonnenlicht für die Stromerzeugung einfangen, gebraucht wird.
- 29** Würde man die Sonnenenergie in den [Wüsten <DB 2.13 - S. 16>](#) Südeuropas und Nordafrikas nutzen, hätte man in Europa schätzungsweise 500 Mrd. Euro, die jährlich für fossile Energiestoffe ausgegeben und verbrannt werden, übrig und könnte damit die Zinsen, Betriebskosten und 7 Prozent Gewinn aus den Erträgen dieser modernen Infrastruktur spielend bezahlen.
- 30** Die Schweizer Glaziologen fordern schon seit Jahren dringend Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung. Diese sehen sie in absehbarer Zukunft stark gefährdet, da die Gletscher in den Alpen und an den Polen sogar schneller schwinden als bislang berechnet [<DB 7.05 - S. 18>](#). Vermutlich muss diesbezüglich sehr viel schneller gehandelt werden, um Abhilfe zu schaffen, denn logischerweise ist dies zutreffend: Je weniger Eis an den Berghängen des Alpenraums haftet, umso stärker

und umso mehr steigt erwärmte Luft nach oben und lässt das Eis in den höheren Regionen der alpinen Bergwelt schneller abschmelzen.

Die Sicherung der Trinkwasserversorgung für Europa erfordert vielschichtige und frühzeitige Maßnahmen. Dazu gehören, nur um einige Beispiele zu nennen:

1. Erheblich größere Strommengen als in Deutschland erzeugt werden können.
2. Der Einbau von selbsttragenden Wasserleitungsrohren, die – zu mehreren übereinander angeordnet – als Träger konstruiert, von Stütze zu Stütze reichen und somit die anfallende Last direkt in die Stützen einleiten, fallweise in die VzT 6 oder auch in die VzT 2 [<DB 7.00 - S. 15>](#).
3. Die Speicherung von überschüssigem Regenwasser hinter Dammbauten, am Fuß der Gebirge und das Hochpumpen des Wassers zum Erzeugen neuer Gletscher.
4. Eine viel engere Zusammenarbeit mit Russland, um von dort Wasser zu bekommen – welches eventuell von abschmelzenden Eisbergen der Arktis stammt –, wenn die Klimaerwärmung bei uns Dürren und Wassermangel erzeugt.
5. Ferner sind das Energieaufkommen sowie die Kosten für den Dämmebau wegen des steigenden Meeresspiegels einzuplanen [<DB 7.18 – S. 19>](#).

In Europa werden viele Millionen Menschen – auch hochqualifizierte – nicht beschäftigt, weil die produzierende Industrie zunehmend in vielen Bereichen mit Maschinen und Robotern arbeitet, um dadurch die Produkte preisgünstiger anbieten zu können. Der Wettbewerb und die Schnäppchenjagd der Menschen zwingen die Fabrikanten immer mehr zu automatisierten Prozessen und dazu, Menschen zu entlassen. Nach der Entlassung stimmt die Arbeitswelt meist mit den Erfordernissen des notwendigen friedlichen menschlichen Miteinanders nicht mehr überein.

- 31** Deshalb muss sich dieser Zustand ändern. In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz Artikel 14 (2) (¹ Eigentum verpflichtet. ² Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen) sollten die Regelungen diesbezüglich etwa wie folgt aussehen:

Wird von einem Arbeitgeber eine Maschine in Betrieb genommen, die menschliche Arbeitskraft ersetzt bzw. potenziert, muss der Arbeitgeber entsprechend der erzielten Produktivität andere Arbeitsplätze kostenmäßig zwei Jahre lang hälftig bezuschussen, alternativ eine neue Ausbildung hälftig bezahlen. Die andere Hälfte ist vom Arbeitsamt einmalig zu übernehmen. Und der Arbeitnehmer muss seine Arbeitskraft mindestens 10 Jahre lang dem neuen Arbeitgeber zur Verfügung stellen, darf sich also nicht abwerben lassen. Weitere Regelungen zu diesem Sachgebiet sind erforderlich. Wird mit dem Bau der neuen Infrastruktur begonnen, erledigt sich dieses Problemthema auf andere Art.

- 32** Gemessen an dem, was an Arbeit für die Zukunftssicherung geleistet werden muss, darf es in Europa nach Ablauf von zwei Jahren nur noch eine Unterstützung für diejenigen geben, die aus gesundheitlichen Gründen nicht zu einer Arbeitsleistung fähig sind. Alle anderen werden einen – ihren Leistungen entsprechenden – lohnenden Arbeitsplatz finden – wenn die Politik das will.

[<Link zum kompletten Sammler mit den Datenblättern der Seiten 1 bis 19>](#)

Erläuterungen zur Einleitung

Zu a)

Um dies zu verwirklichen, hat sich die Stiftung zum Ziel gesetzt, den Bürgern ein absolut neutrales Forum zur Verfügung zu stellen, dem man keine eigennützigen Absichten unterstellen kann, um deshalb jedem Bürger die Gewissheit vermitteln zu können, dass alle Informationen, die er über das Forum erhält, 100-prozentig fachmännisch überprüfter Sachlage entsprechen. Dies ist zunächst die Voraussetzung, um in einem weiteren Schritt Abgeordnete in den Bundestag, in das EU-Parlament und letztlich auch in die EU-Kommission zu bringen, und zwar nur solche, die sich gegenüber der Stiftung verbindlich verpflichtet haben, nur im Sinne des Gemeinwohls abzustimmen. Die Stiftung wird den Bürgern empfehlen, diese Menschen wegen ihrer eigenen sowie der über das Forum erworbenen Sachkenntnis zu wählen. Alles andere ist nicht zielführend. Denn Abgeordnete gehören einer globalen Interessengemeinschaft an. Selbst wenn man nur einige davon wegen diverser aufgetretener Fälle eigennützigen Handelns kritisiert bzw. angreift, erreicht man nicht das Gewünschte, da man als Gegner gegenüber der Gesamtheit eingestuft wird. Diese gegnerische Abwehrreaktion wird mit dem von mir vorgeschlagenen Stiftungszweck vermieden.

Zu b)

Jede Staatsführung will die von ihr veranlasste Verschuldung stetig geringwertiger machen – dem dient die jährliche Inflationsrate. Denn diese gibt dem Staat die Möglichkeit, nach 30 bis 40 Jahren die Schulden quasi mit wertlosem Papier zu bezahlen.

b 1)

Die Millionäre und Milliardäre fühlen sich davon am wenigsten berührt, denn sie weichen hochanteilig auf Sachwerte aus, die wertstabil bleiben.

b 2)

Sie erlösen, im Gegensatz zum Sparer, hohe Zinsen für ihre Darlehen an Schuldnerstaaten ohne Risiko, was ihr Geldvermögen erheblich mehrt, weil die EZB den Schuldnern – durch ihre ESM-Garantien – weiterhin ermöglicht Schulden zu machen, die quasi von der EZB bezahlt werden.

Selbst wenn ein mehrfacher Millionär – durch die Inflation – die halbe Kaufkraft seines Geldes verliert, besitzt er immer noch weitaus mehr als ein gut verdienender Bürger. Das ist für die Gruppe der besonders Vermögenden das Beruhigende an der Sachlage.

Weitere Zusatzbemerkungen zu diversen Kurztexen in der Präambel

Zu 23)

Die Regierungsentscheidung, dass in Deutschland weitere Solar- und Windanlagen installiert werden dürfen, führt dazu, dass immer mehr Strom erzeugt wird, der nicht verkauft werden kann, aber dennoch – laut EEG-Gesetz – vom Verbraucher bezahlt werden muss. Dieser Sachverhalt ist vergleichsweise so unglaublich widersinnig wie das folgende Beispiel: Man baut gegen den Widerstand der Bevölkerung riesige Stromfabriken, die man in absehbarer Zeit wieder stilllegen muss, weil sie die Versorgungssicherheit nicht garantieren können.

Deshalb ist es notwendig, die leistungsfähigen Stromfabriken sowie die Stromspeicher sofort dort zu bauen, wo sie in beliebiger Größe und ohne Widerstände errichtet werden können. Und diesen wichtigen Schritt zur Erneuerung der Infrastruktur müsste die EZB im Interesse der EU vorfinanzieren. Das Gleiche gilt für den notwendigen Dämmebau und die Dämme-Verstärkung, die durch den fortschreitenden Klimawandel stetig an Brisanz gewinnen. Diese und weitere Maßnahmen fordern weltweit anerkannte Fachleute schon seit Jahren – bislang vergeblich.

Zu 24)

Die Berge einer Gebirgskette sind wie einzelne riesige Steine in der Landschaft zu bewerten. Nicht jeder dieser Steine ist so dicht und hart, dass er für die Atommülllagerung geeignet wäre. Ein Erdbeben, welches die Dichte eines Tunnels beeinträchtigen könnte, verursacht den Riss in der Erdkruste nicht an der dicksten Stelle (im Kernbereich eines Berges), sondern an den viel dünneren. Deshalb ist ein Sack-Tunnel in einem geeigneten Bergmassiv die sicherste Lagerstelle für Atom Müll.